



Der Stadtverordnetenvorsteher
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiterin: Frau Koba

1. Den Damen und Herren
der Stadtverordnetenversammlung
2. Dem Magistrat

Wiesbaden, 03.09.2010

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
der Stadtverordnetenversammlung
am Donnerstag, 09. September 2010, um 16:00 Uhr,
Rathaus, Stadtverordnetensitzungssaal (1. Stock), Schloßplatz 6, Wiesbaden

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift vom 24.06.2010
2. Mitteilungen
3. Fragestunde
4. **10-F-02-0018**
Anwohnergartengarage Moritzstraße
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 01.09.2010 -

Die Stadtverordnetenversammlung wolle beschließen:

1. Der Magistrat wird beauftragt, die Errichtung eines 3. Tiefgaragengeschosses als ergänzende Anwohner Tiefgarage in dem Neubauprojekt EBS Universität mit rund 133 Einstellplätzen durch den Investor zu prüfen.
2. Die EBS Universität wird gebeten dafür ein 3. Tiefgaragengeschoss optional auszuschreiben. In die Ausschreibung ist ein Gremienvorbehalt aufzunehmen. Ausschreibung und Verhandlungen müssen unter dem Vorbehalt der Zustimmung der städtischen Gremien zu dem Nutzungs- und Refinanzierungskonzept erfolgen.
3. Der Magistrat wird beauftragt für dieses Tiefgaragengeschoss ein Nutzungs- und Refinanzierungskonzept (Bewohnerparkplätze, Kurzzeitparken, Nachtstellplätze etc.) mit Vermietungskonditionen und Einnahmen vorzulegen. Dabei sollte insbesondere mit der EBS Universität Kontakt aufgenommen werden, wie ein solches Konzept unter Auslastungs- und Realisierungsgesichtspunkten logistisch und funktional optimiert werden kann.
4. Der Magistrat wird beauftragt, alle zur Umsetzung des Vorhabens erforderlichen Verhandlungen zu führen und nach Abschluss der Ausschreibung die notwendigen Vertragsentwürfe auszuarbeiten und gemeinsam mit dem Nutzungs- und Refinanzierungskonzept zur Beschlussfassung vorzulegen.

5. 10-F-01-0085

Biomassekraftwerk auf dem Deponiegelände
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 01.09.2010 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung spricht sich für den Bau eines Biomasseheizkraftwerks auf dem Gebiet des ehemaligen Dyckerhoff Steinbruch, Gemarkung Biebrich, durch die ESWE BioEnergie GmbH aus.
2. Die Stadtverordnetenversammlung sieht mit diesem Projekt eine Chance, den Zielen der Landeshauptstadt Wiesbaden beim Ausbau der erneuerbaren Energien näher zu kommen und gleichzeitig den CO₂-Ausstoß beim Transport des in Wiesbaden anfallenden Sperrmülls zu reduzieren.
3. Im weiteren Planungsverfahren sind folgende Aspekte beachten - entweder im Bebauungsplanverfahren oder im Rahmen eines Durchführungsvertrages zwischen Vorhabenträger und Landeshauptstadt Wiesbaden:
 - Das Kraftwerk soll max. 100 mg NO₂ pro Kubikmeter Luft emittieren (statt der erlaubten 200 mg).
 - Für Ammoniak ist ein Grenzwert von 10 mg/Kubikmeter und für Stäube 3 mg/Kubikmeter Luft festzusetzen.
 - Es dürfen nur Mischhölzer verbrannt werden (keine reinen A3- und A4-Hölzer), der Anteil an A3/A4-Hölzern darf max. 70 Prozent der Jahresgesamtmenge betragen, wobei der darin enthaltene Anteil von A4-Hölzern maximal 20 % der Gesamtmenge betragen darf.
 - Es sind technische Vorkehrungen zur Minderung der Staubemissionen aus der Altholzaufbereitung und der -lagerung zu treffen.

- Die Verbrennung sonstiger „biogener Stoffe“ wie etwa Klärschlämme, Industrieschlämme oder sonstigen Müll soll ausgeschlossen werden.
- Es ist eine regelmäßige Kontrolle des angelieferten Brennstoffs und der Restasche durch ein unabhängiges Kontrollinstitut zu gewährleisten.
- Es ist auf wirksamen Brandschutz bei der gesamten Anlage zu achten.
- Im Anfahrbetrieb sind verfahrenstechnisch alle Möglichkeiten auszuschöpfen, die Emission an Dioxinen und Furanen so weit zu reduzieren, wie möglich.
- Angestrebt wird die vertragliche Festschreibung einer ausschließlich regionalen Belieferung mit Herkunftsnachweis.
- Gleichfalls angestrebt wird, dass der Betreiber eine Messanlage installiert und die dort festgestellten Tagesmittelwerte zeitnah im Internet veröffentlicht.

6. 10-F-03-0012

Fortschreibung Luftreinhalteplan

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 31.08.2010 -

Seit der EU-Luftqualitätsrahmenrichtlinie vom 27. September 1996 sind Ziele zur Luftreinhaltung und nachfolgend definierte Grenzwerte vorgegeben die auch im Rahmen der nationalen Gesetzgebung (Bundesimmissionsschutzgesetz 7. Novelle BImSchG) und Verordnung zum Bundes-Immissionsschutz-Gesetz 22. BImSchV) in nationales Recht umgesetzt wurden.

Für die Region Rhein-Main ist danach ein Luftreinhalteplan aufzustellen. Dies erfolgte 2005.

Seit dem vergangenen Jahr wird nun vom Umweltministerium die 1. Fortschreibung des Luftreinhalteplans verfolgt. Hierzu ist die Landeshauptstadt Wiesbaden wie zum ersten Luftreinhalteplan 2005 aufgefordert wirksame Maßnahmenvorschläge vorzulegen. Dies soll mit dem zu beschließenden und abgestimmten Maßnahmenkatalog zeitnah erfolgen, damit der Luftreinhalteplan für den Ballungsraum Rhein-Main auch für das Gebiet der Landeshauptstadt Wiesbaden aktualisiert werden kann.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Für die 1. Fortschreibung des Luftreinhalteplans für den Ballungsraum Rhein-Main werden für die Stadt Wiesbaden die nachfolgenden Maßnahmen beschlossen und dem Hessischen Ministerium für Umwelt, Energie, Landwirtschaft und Verbraucherschutz vorgelegt:

- Einrichtung einer Umweltzone für das gesamte Stadtgebiet im Jahr 2011
- Einrichtung einer regionalen Umweltzone in Absprache mit den betroffenen Kommunen in der Rhein-Main-Region möglichst ab dem Jahr 2012
- Beschaffung von umweltverträglichen Fahrzeugen (z. B. Erdgas-, Elektro- und Hybridfahrzeuge) im Stadtkonzern
- Ausweitung der Förderung der Beschaffung und Umrüstung von Fahrzeugen im ÖPNV, die besonders hohe Umweltstandards erfüllen (z.B. EEV, Erdgas)
- Zufahrtsdosierung (Pfortnerlichtsignalanlagen) auf der B54
- Optimierung des Verkehrsflusses
- Forderung an die Bundesregierung zur Änderung der Kennzeichnungsverordnung, um eine weitere Differenzierung nach den Euronormen durch zusätzliche Plaketten zu ermöglichen. Weitere Verschärfung der Euronormen für Pkw (gleiche Grenzwerte für Diesel- und Benzinfahrzeuge) und Nutzfahrzeuge. Schnellere Einführung von Euro 6

- Förderung der Beschaffung von Fahrzeugen im kommunalen Bereich mit besonders umweltschonenden Antrieben (z. B. Elektro-, Hybrid- und Erdgasfahrzeuge) durch Land und Bund
- Attraktivitätserhöhung des ÖPNV in Ballungsräumen
- Landesweite Öffentlichkeitskampagne, um ein neues Mobilitätsverhalten zu etablieren
- Festsetzung von Emissionsstandards für Baumaschinen, die in Umweltzonen zum Einsatz kommen
- Festsetzungen von Geschwindigkeitsbeschränkungen (30 km/h in den Stadtgebieten, 50 km/h auf den Umgehungsstraßen innerhalb der Städte, 80 km/h auf den Autobahnen in den Ballungsräumen) und Finanzierung der Überwachung und/oder Zuweisung der Einnahmen von Überwachungsmaßnahmen von Geschwindigkeitsüberschreitungen an die Kommunen
- Schaffung einer Ermächtigungsgrundlage für kommunale Brennstoffsatzungen
- Initiative zur Einführung von regionalen und überregionalen Logistikkonzepten
- Initiative zur Einführung von Mobilitätsmanagementkonzepten
- Berücksichtigung der Immissionsproblematik im Rahmen der Raumordnung und Regionalplanung, wobei auch der Flugverkehr, Industrieanlagen und Kraftwerke zu berücksichtigten sind
- Schaffung einer gesetzlichen Regelung, um Anlagenbetreibern, die in Gebiete emittieren, in denen Immissionsgrenzwerte überschritten sind, Auflagen erteilen zu können, die sie zur Durchführung von über den Stand der Technik hinausgehenden Maßnahmen verpflichten
- Entwicklung eines Landes-Fördermittelkontingentes für die Förderung von Wirtschaftsunternehmen (Kleinunternehmen) bei der Partikelfilter-Nachrüstung von Nutzfahrzeugen oder Neubeschaffung von Fahrzeugen über die Regelungen der Richtlinie hinaus

Der Magistrat wird gebeten, den Beschluss umgehend dem Ministerium zuzuleiten, damit die Fortschreibung wie vom Land geplant in diesem Herbst 2010 auch für die Landeshauptstadt Wiesbaden erfolgen kann.

7. 10-F-05-0004

Kürzung der Städtebauförderung des Bundes verhindern
- Antrag der FDP-Stadtverordnetenfraktion vom 24.08.2010 -

Im Zuge der Haushaltskonsolidierung beabsichtigt das Bundesministerium für Verkehr, Bau und Stadtentwicklung, die Finanzmittel für stadtentwicklungs- und wohnungsrelevante Programme zu reduzieren oder vollständig zu streichen. Darunter fallen unter anderem die Fördermittel für das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm der kfw Bankengruppe und die Städtebauförderung des Bundes.

Ohne diese Mittel sind viele Städte jedoch nicht in der Lage ihre strukturellen Probleme beseitigen zu können. Auch für die Landeshauptstadt Wiesbaden besteht die Gefahr, dass wichtige anstehende Projekte zur Stadtentwicklung und -erneuerung nicht mehr verfolgt werden können.

Mit dem Streichen der Mittel werden zusätzlich private Investitionen gebremst. Das deutsche Institut für Wirtschaftsforschung bescheinigt, daß mit einem Euro öffentlicher Gelder bis zu acht Euro Investitionen mobilisiert werden können. Ein Rückgang der Investitionen hätte zur Folge, daß die Baubranche geschwächt und somit Arbeitsplätze und Steuereinnahmen in Wiesbaden gefährdet würden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. sich, zusammen mit dem Deutschen Städte- und Gemeindebund und dem Deutschen Städtetag gegen die massive Kürzung der Städtebauförderung einzusetzen.
2. für den Erhalt einer angemessenen Unterstützung insbesondere im Bereich der energetischen Sanierung einzutreten.
3. zu berichten, welche Folgen eine Kürzung der Förderungen auf aktuelle und anstehende Stadtentwicklungsprojekte hätte.

8. 10-F-04-0005

Einrichtung eines geschlossenen Heimes für delinquente oder aus anderen Gründen stationär erziehungsbedürftige Kinder und Jugendliche
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Die Republikaner vom 18.08.2010 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird beauftragt, in Zusammenarbeit mit dem Land Hessen ein Konzept für die zeitnahe Errichtung und den Betrieb eines geschlossenen Heimes für Kinder und Jugendliche, die Straftatbestände verwirklichen oder auf Grund anderer Umstände stationär erziehungsbedürftig sind, zu erarbeiten.

Der Stadtverordnetenversammlung ist in der nächsten Sitzung über den Sachstand des Projektes zu berichten.

9. 10-F-07-0026

Soziale Probleme am Schlachthof
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bürgerliste Wiesbaden vom 24.08.2010 -

Es ist geplant, das Schlachthofgebäude mit Millionenaufwand zu sanieren, damit der dortige Veranstaltungsbetrieb weitergeführt werden kann. Bei der Gelegenheit sollte zum Schutz der Jugendlichen, die diesen Veranstaltungsort aufsuchen, eine Lösung für die dortigen sozialen Probleme gesucht werden. Laut dem Polizeipräsidenten ist der Schlachthof ein Brennpunkt für Kriminalität, es gibt Berichte von Drogenmißbrauch und Alkoholexzessen. Durch die Farbschmierereien wirkt das Gebäude verwahrlost, man muß mit weiteren illegalen Aktivitäten von Sprayern rechnen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, in Zusammenarbeit mit dem Verein Schlachthof ein Konzept zu entwickeln, wie die soziale Lage im Umfeld des Schlachthofs verbessert werden kann.

10. 10-F-06-0052

Kein Mega-Möbelmarkt am Petersweg - Verkehrsprobleme lösen!
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 31.08.2010 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, jegliche Aktivitäten zur Ausweisung eines Sondergebietes "SO Handel - Gebiete für Einkaufszentren und großflächige Handelsbetriebe" im Gewerbegebiet Petersweg Ost einzustellen. Die in diesem Zusammenhang geplante Ansiedlung eines großen Möbelmarktes wird nicht weiter verfolgt.

Der Magistrat wird aufgefordert, einen Zeit- und Maßnahmenplan zur Lösung der vorhandenen Verkehrsprobleme in der Landeshauptstadt Wiesbaden in Zusammenhang mit der Nutzung von Gewerbegebieten wie Petersweg Ost, Äppelallee, Erbenheim und Nordenstadt vorzulegen.

11. 10-F-01-0058

Information über überregionale Projekte
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 16.06.2010 -

Überregionale Projekte, z.B. im Straßen-, Schienen- und Luftverkehr, betreffen eine Kommune und ihre Bevölkerung in nicht unerheblichem Maße. In der Vergangenheit wurden solche Projekte (z.B. Neubau der Schiersteiner Brücke mit Lärmschutzmaßnahmen) von der LH Wiesbaden z.T. oft nur Amts- bzw. Dezernatsintern bearbeitet, ohne dass die demokratisch gewählten Gremien beteiligt wurden.

Die Stadtverordnetenversammlung möge deshalb beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, die städtischen Gremien (Ortsbeiräte, Stadtverordnetenversammlung) frühzeitig über die LH Wiesbaden betreffende Projekte von überregionaler Bedeutung in Kenntnis zu setzen, um diesen vor Ablauf der Fristen für Stellungnahmen oder Einwendungen eine Beratung zu ermöglichen.

12. 10-F-02-0016

Inklusive Bildung in Wiesbaden
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 27.08.2010 -

Inklusion ist eine Grundhaltung - für das Bildungssystem ebenso wie für das gesellschaftliche Miteinander. Die Einführung inklusiver Bildung vollzieht sich in vielen Teilschritten, die von einer intensiven Aufklärung und Diskussion in den Wiesbadener Schulen begleitet werden müssen.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen

1. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt die Initiative des Magistrates, die inklusive Bildung an den Wiesbadener Schulen Schritt für Schritt umzusetzen.
2. Es wird zur Kenntnis genommen,
 - dass nach Artikel 24 der UN-Behindertenrechtskonvention die Bundesrepublik Deutschland bis zum Jahre 2011 berichten muss, welche Schritte unternommen wurden, um Schülerinnen und Schüler inklusiv zu beschulen im Sinne von ‚Bildung unter einem Dach‘.
 - dass die notwendigen rechtlichen Voraussetzungen für inklusive Pädagogik im Hessischen Schulgesetz analog zu anderen Bundesländern noch nicht realisiert sind und deshalb als erster Schritt eine Ausweitung des gemeinsamen Unterrichts im Sinne des Inklusiven Gedankens, d. h. keine Aussonderung durch Feststellung eines sonderpädagogischen Förderbedarfs, umgesetzt werden kann.
 - dass es in der Landeshauptstadt Wiesbaden ein gut ausgebautes dezentrales System gibt, um sonderpädagogische Förderbedarfe zu gewährleisten, das als Grundlage der Inklusiven Bildung dienen kann.
3. Der Magistrat wird beauftragt beim Hessischen Kultusministerium ab dem Schuljahr 2011/2012 das Modellvorhaben „Umsetzung des freien Elternwahlrechts“ in der Landeshauptstadt Wiesbaden zu beantragen und die notwendigen organisatorischen und personalwirtschaftlichen Voraussetzungen zu schaffen, dass in Ergänzung zu den vom Land Hessen in Aussicht gestellten Lehrerstellen baldmöglichst drei Sozialarbeitsstellen zur Einführung inklusiver Unterrichtsmodelle an den Wiesbadener Schulen zur Verfügung gestellt werden.
4. Den Städtischen Gremien wird dazu eine Sitzungsvorlage zur Entscheidung vorgelegt.

13. 10-F-03-0013

Rücklagen der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden (KMW)

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30.08.2010 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Landeshauptstadt Wiesbaden erwartet noch in diesem Jahr von der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG eine Sonderausschüttung aus Rücklagen in Höhe von 100 Mio. € an die Anteilseigner. Diese Mittel werden beschlussgemäß zur Verringerung des Haushaltsdefizits der Landeshauptstadt Wiesbaden genutzt.
2. Die Landeshauptstadt Wiesbaden erwartet, dass Vorstand, Aufsichtsrat und die Gesellschafter der Kraftwerke Mainz-Wiesbaden AG diese Sonderausschüttung per Beschlüsse herbeiführen.
3. Die Landeshauptstadt Wiesbaden erwartet, dass die ESWE Versorgung AG dafür einen entsprechenden Beschluss fasst.
4. Die Landeshauptstadt Wiesbaden erwartet darüber hinaus, dass die KMW AG ihren Antrag auf Genehmigung eines KHKW bei der SGD zurückzieht und bis Ende des Jahres ein Konzept zur Sicherstellung der Energieversorgung in Wiesbaden der Öffentlichkeit vorlegt.

14. 10-F-03-0014

Wiesbaden wird Fairtrade-Stadt

- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 30.08.2010 -

Ein Beschaffungswesen auf kommunaler Ebene, das sich an sozialen und ökologischen Standards orientiert, kann zu verantwortungsvollerem Produktions- und - durch die Vorbildfunktion - Konsumverhalten beitragen.

Wiesbaden hat bereits diesbezüglich Beschlüsse gefasst, z.B. gegen die Verwendung von Produkten aus Kinderarbeit (Beschluss Nr. 0475 der Stadtverordnetenversammlung am 17.11.2005) oder zum Ausschank von fair gehandeltem Kaffee (Beschluss der Stadtverordnetenversammlung am 18.05.1995 und Beschluss Nr. 0004 des Ausschusses für Bürgerbeteiligung und Völkerverständigung am 25.01.2005). Die Unterstützung der internationalen Kampagne „Fairtrade-Towns“ wäre ein weiterer Schritt um eine sozial und ökologisch orientierte Produktion und Handelswege zu unterstützen.

Um den Titel „Fairtrade-Town“ zu tragen, müssen fünf Kriterien erfüllt sein:

1. Es muss ein Beschluss der Kommune zur Verwendung von Fairtrade-Kaffee vorliegen sowie die Entscheidung der Stadtverordnetenversammlung den Titel „Fairtrade-Stadt“ anzustreben.
2. Es wird eine lokale Steuerungsgruppe gebildet, die lokale Aktivitäten auf dem Weg zur „Fairtrade-Stadt“ koordiniert.
3. In lokalen Einzelhandelsgeschäften sowie Cafés und Restaurants werden Fairtrade-Produkte angeboten/ausgeschenkt. (In Wiesbaden brauchen wir 38 Geschäfte und 19 Gastronomiebetriebe die mitmachen).
4. In öffentlichen Einrichtungen werden Fairtrade-Produkte verwendet und Bildungsaktivitäten zum Thema „Fairer Handel“ durchgeführt.
5. Die örtlichen Medien berichten über alle Aktivitäten auf dem Weg zur „Fairtrade-Stadt“.

Weltweit gibt es über 750 Fairtrade-Towns, darunter London, Brüssel, Rom, San Francisco und Kopenhagen; in Deutschland beispielsweise Dortmund und Saarbrücken. Die Kampagne bezieht sich auf alle Bereiche: Bürgerinnen und Bürger als Konsumenten, die öffentliche Hand als Auftraggeber und den Handel. Die Bedeutung des fairen Handels wird sichtbar gemacht und verantwortungsvolles Produktions- und Konsumverhalten gefördert.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadt Wiesbaden strebt den Titel „Fairtrade-Stadt“ an.
2. Der Magistrat wird gebeten, die notwendigen Schritte zu unternehmen, damit die Stadt die Kriterien zur Erlangung des Titels „Fairtrade-Stadt“ erfüllt.

15. 10-F-29-0001

Humanitäre Sprechstunde

- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU und Bündnis 90/Die Grünen vom 31.08.2010 -

Vorbemerkung:

Für Menschen, die ohne Aufenthaltstatus in Wiesbaden leben, ist der Zugang zur medizinischen Grund- beziehungsweise Notfallversorgung in der Regel versperrt. Sie sind durch (unklare)

Gesetzgebung der Bundesrepublik Deutschland ganz oder teilweise von medizinischer Versorgung ausgeschlossen. Um diese Versorgungslücke zu schließen, ist ein niederschwelliges medizinisches Angebot zu entwickeln und auf den Weg zu bringen. Das Konzept einer humanitären Sprechstunde greift diese Problematik auf und bietet Gesundheitshilfen für Flüchtlinge und Migrantinnen und Migranten in unsicheren Lebenslagen an. Im Sinne einer präventiv-medizinischen Versorgung ist zudem ein Angebot zu etablieren, das Schutzimpfungen für Kinder ohne Pass ermöglicht.

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Die Stadtverordnetenversammlung begrüßt die Einrichtung einer humanitären Sprechstunde in der Landeshauptstadt Wiesbaden.
2. Der Magistrat wird gebeten, ein entsprechendes Konzept für eine humanitäre Sprechstunde zu entwickeln und einen Kostenrahmen zu beziffern. Dabei ist der Aspekt Schutzimpfungen für Kinder ohne Pass und deren Finanzierung zu berücksichtigen. Die Ergebnisse sind den parlamentarischen Gremien bis zum Jahresende 2010 vorzulegen.

16. 10-F-02-0017

Einrichtung eines Tierfriedhofs in Wiesbaden
- Antrag der CDU-Stadtverordnetenfraktion vom 31.08.2010 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert, in Wiesbaden einen Tierfriedhof einzurichten, auf dem Bürgerinnen und Bürger unserer Stadt ihre verstorbenen Haustiere bestatten können.

1. Auf dem Tierfriedhof soll ausschließlich die Bestattung von Haustieren möglich sein.
2. Das Gelände soll mit der vorhandenen Infrastruktur des ÖPNV in Wiesbaden auch für ältere Bürgerinnen und Bürger gut zu erreichen sein.
3. Gleichzeitig soll das Areal von seiner Lage, seiner Größe und seiner Ausstattung und Bepflanzung her einer Ruhestätte für Tiere angemessen beschaffen sein.
4. Dem Vorbild der Tierfriedhöfe anderer Kommunen entsprechend soll die Kostenstruktur sich an der Größe der in Anspruch genommenen Fläche orientieren, bei Erdbestattungen eine Mindestliegezeit vorsehen sowie insgesamt so gehalten sein, dass die jährlich zu entrichtenden Kosten für Tierliebhaberinnen und Tierliebhaber keine allzu große Hürde darstellen.
5. Als Betreiber kommen sowohl die Landeshauptstadt Wiesbaden selbst als auch private Träger in Frage. Der Magistrat wird beauftragt, mit in Betracht kommenden Vereinen und anderen Interessenten zu verhandeln.
6. Der Magistrat möge eine Benutzungsordnung erarbeiten, welche die Formen zulässiger Tierbestattungen regelt (z.B. gemäß dem Vorbild anderer Tierfriedhöfe: Erd- und Feuerbestattungen, anonyme Bestattungen, Särge und Urnen, zulässiger und unzulässiger Grabschmuck, Abschiedsraum). Darin soll es den Nutzerinnen und Nutzern ermöglicht werden, ihres verstorbenen Haustieres individuell zu gedenken. Dagegen wird das Verwenden religiöser Symbole, die den Tierfriedhof gleich einer ausschließlich für menschliche Bestattungen eingerichteten Grabstätte erscheinen lassen, nicht gestattet (z.B. Verbot von Grabkreuzen).
7. Zusätzlich möge der Magistrat die Öffentlichkeit stärker darüber informieren, in welchen Fällen die Bestattung eines verstorbenen Tieres im eigenen Garten zulässig bzw. unzulässig ist.

17. 10-F-01-0084

Anwohnerparkplätze in der Tiefgarage der European Business School
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 01.09.2010 -

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten mit der European Business School (EBS) Verhandlungen diesbezüglich aufzunehmen, dass in der geplanten zweigeschossigen Tiefgarage der EBS (ca. 265 Plätze) nachts und am Wochenende rund 60 Plätze für Anwohner des Quartiers gegen Gebühr zur Verfügung stehen - analog zum Parkhaus Luisenforum.

18. 10-F-06-0053

Wahrung der Interessen der Landeshauptstadt Wiesbaden bei der bevorstehenden Verabschiedung des Regionalplanes Südhessen
- Antrag der Stadtverordnetenfraktion Linke Liste vom 01.09.2010 -

Die Regionalversammlung Südhessen wird voraussichtlich in Kürze den Entwurf des Regionalplanes Südhessen abschließend beraten und beschließen. Der Regionalplan ist von allen öffentlichen Behörden zu beachten. Gegenüber der kommunalen Bauleitplanung begründet er eine Anpassungspflicht. Die im Regionalplan enthaltenen Vorranggebiete legen bestimmte Funktionen oder Nutzungen fest. Andere Nutzungen sind in diesen Gebieten ausgeschlossen, wenn sie mit den Festlegungen des Regionalplanes nicht vereinbar sind. Der Regionalplan hat demnach eine besondere Bedeutung für Vorhaben und Pläne der Städte und Gemeinden.

Trotzdem hat es der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden versäumt, während der Phase der Offenlage des Entwurfes bzw. bis 14 Tage nach Beendigung der Offenlage hierzu eine Stellungnahme abzugeben und Anregungen und Bedenken dem Regierungspräsidium vorzutragen.

Angesichts dessen möge die Stadtverordnetenversammlung beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert darzulegen, ob er noch vor der bevorstehenden abschließenden Beratung und Beschlussfassung des Regionalplanes im Interesse der Landeshauptstadt Wiesbaden eine Stellungnahme abgeben bzw. Anregungen und Bedenken gegenüber der Regionalversammlung vorbringen wird.

Wenn ja, möge er erklären, wie er sich die dazu erforderliche Beteiligung der städtischen Körperschaften, der Ortsbeiräte und der Stadtverordnetenversammlung, vorstellt.

Wenn nein, möge er erklären, wie er sich die Wahrung der Interessen der Landeshauptstadt Wiesbaden hinsichtlich der übergeordneten Regionalplanung vorstellt, insbesondere für die Bereiche, in denen der Entwurf des Regionalplanes den Plänen der Landeshauptstadt Wiesbaden widerspricht.

Der Magistrat wird außerdem aufgefordert zu erklären, warum er nicht während der dafür vorgesehenen Phase eine Stellungnahme abgegeben und die dafür erforderlichen Beratungen in den städtischen Körperschaften veranlasst hat um sicher zu stellen, dass die Anregungen und Bedenken der Landeshauptstadt Wiesbaden rechtzeitig in den Beratungsprozess der Regionalversammlung einfließen.

Für den Inhalt der Anträge einschließlich der Rechtschreibung zeichnen die Antrag stellenden Fraktionen und Fraktionsstatusinhaber verantwortlich.

Tagesordnung II

1. **09-V-33-0004** **DL 44/09-4**
Starke Stadt für Studis und Azubis

2. **09-V-61-0037** **DL 28/10-1, 27/10-1 , 29/09-8**
Regionalpark RheinMain: Neubau eines Aussichtsturmes am Mainhafen in Mainz-Kostheim;
Ersatz des Fundamentes

3. **10-F-01-0056**
Kommunalen Klinikverbund vorantreiben
- Antrag der SPD-Stadtverordnetenfraktion vom 16.06.2010 -
ANLAGE

4. **10-F-25-0046** **DL 28/10-2**
(Amts-)Vormundschaften
- Gemeinsamer Antrag der Stadtverordnetenfraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und
FDP vom 21.04.2010 -
ANLAGE

5. **10-V-04-0001** **DL 29/10-1, 28/10-3 , 27/10-2 , 26/10-1 , 01/10-1**
Fahrplanwechsel am 12.12.2010

6. **10-V-10-0013** **DL 27/10-3**
Verlagerung der Poststelle und des Druck-Centers in das Gebäude Hasengartenstraße 21
ANLAGE

7. **10-V-11-0001** **DL 25/10-2**
Standort- und Büroflächenoptimierung; 8. Bericht zum Zielerreichungsgrad

8. **10-V-20-0027** **DL 23/10-3**
132. Vergleichende Prüfung "Haushaltsstruktur 2009; Großstädte" (Schlussbericht)
9. **10-V-20-0033** **DL 26/10-2**
Abschlussbericht über das Projekt " Aufbau einer elektronischen Akte LHW / eGovernment-Labor " ; Beschlussfassung für neue Projektphase " Produktivnahme eAkten LHW "
ANLAGE
10. **10-V-20-0044** **DL 26/10-3**
Vorlage der durch den Stadtkämmerer bis 30.06.2010 genehmigten über- und außerplanmäßigen Ausgaben
11. **10-V-20-0049** **DL 29/10-3**
Haushaltsplan 2010/2011 - Genehmigungserlasse der Aufsichtsbehörde (2010)
12. **10-V-33-0002** **DL 26/10-4**
Einführung des neuen elektronischen Personalausweises (nPA)
13. **10-V-33-0005** **DL 26/10-5**
Integrationsbericht 2009
14. **10-V-36-0010** **DL 23/10-4**
Lärmschutzwand an der L 3028 Wiesbaden-Delkenheim
15. **10-V-40-0022** **DL 24/10-5**
Ganztätig arbeitende Schulen nach § 15 Hess. Schulgesetz

- | | | |
|------------|--|----------------------------|
| 16. | 10-V-40-0026 | DL 24/10-6 |
| | Freigabe von Mitteln im Rahmen der Grundschulkinderbetreuung durch Eltern- und Fördervereine | |
| 17. | 10-V-40-0027 | DL 29/10-4, 24/10-7 |
| | Bereitstellung zusätzlicher Bauunterhaltungsmittel für die Wiesbadener Schulen | |
| 18. | 10-V-41-0010 | DL 23/10-5 |
| | Anmietung von Ausstellungsräumen für das Projektbüro Stadtmuseum | |
| 19. | 10-V-51-0020 | DL 25/10-5 |
| | Grundsatzvorlage - Ersatzneubau der Kindertagesstätte Schlangenbader Straße | |
| 20. | 10-V-51-0023 | DL 23/10-6 |
| | Sozialbericht zur Armut von Kindern, Jugendlichen und Familien | |
| 21. | 10-V-51-0029 | DL 23/10-7 |
| | Dynamisierung des Leistungsvertrages Mädchentreff e. V. | |
| 22. | 10-V-51-0033 | DL 26/10-6 |
| | Expertise zum Kompetenz-Entwicklungs-Programm (KEP) der Schulsozialarbeit | |
| 23. | 10-V-51-0034 | DL 25/10-6 |
| | Finanzierung der Kindertagesstätten der AWO e. V., Dynamisierung der bestehenden Leistungsverträge | |

24. **10-V-51-0035** **DL 25/10-7**
Umzug und Erweiterung des Waldorfkindergartens
25. **10-V-51-0036** **DL 25/10-8**
Jahresbericht SGB II 2009
26. **10-V-51-0037** **DL 26/10-7**
Grundsatzvorlage - Schaffung weiterer Krippenplätze in der städtischen Kindertagesstätte Kostheim, Am Rübenberg
27. **10-V-51-0046** **DL 27/10-5, 26/10-8**
Schaffung neuer Betreuungsplätze für Krippen- und Elementarkinder in Mainz-Kostheim auf dem Gelände der ehemaligen Zündholzfabrik
28. **10-V-51-0052** **DL 27/10-6**
Wohnungsbauprogramm 2009 - 1. Ausführungsvorlage
29. **10-V-61-0019** **DL 27/10-7**
Fußgängerleitsystem für die Landeshauptstadt Wiesbaden
30. **10-V-61-0035** **DL 24/10-9**
Mainz-Kastel, Rhein-Mainpromenade, vorab Freigabe für Planungsmittel
31. **10-V-63-0009** **DL 27/10-8**
Umbau des ehemaligen Gesundheitsamtes in ein Wohn- und Geschäftshaus
32. **10-V-66-0206** **DL 24/10-10**
Befestigung des Mainradweges in Mainz-Kostheim

- 33. 10-V-66-0210** **DL 23/10-8**
Berliner Straße - Neubau Parkplatz
ANLAGE
- 34. 10-V-66-0221** **DL 23/10-9**
Goerdelerstraße - Umgestaltung Bestand
- 35. 10-V-66-0231** **DL 25/10-10**
Ernst-Galonske-Straße in Mainz-Kastel;
- Aufhebung des Beschlusspunktes 7. des Beschlusses Nr. 0298 vom 02. Juli 2009
- 36. 10-V-67-0009** **DL 25/10-11**
Neugestaltung Kinderspielplatz Schulberg
- 37. 10-V-67-0013** **DL 25/10-12**
Freigabe und Genehmigung von Mittel für die Sanierung des Monopteros auf dem Neroberg
- 38. 10-V-67-0015** **DL 27/10-9**
Freigabe und Genehmigung von Mitteln für die Sanierung der Kanalisation auf dem Gelände des Südfriedhofs
- 39. 10-V-80-8012** **DL 24/10-11**
Beschäftigungszuschuss nach § 16e SGB II - Übernahme der Kosten für 25prozentige Gegenfinanzierung
- 40. 10-V-80-8013** **DL 24/10-12**
Beschäftigungsprogramm " Zusammenarbeit mit Integrationsfirmen " - Friedhofsteam - Projektverlängerung

41. 10-V-80-8014 **DL 24/10-13**

Zweite Verlängerung der Projektlaufzeit "Jobnavi - Was willst du werden?!"

42. 10-V-80-8018 **DL 24/10-14**

Beschäftigungsprojekt Bürokräft - Personelle Unterstützung von EXINA

43. 10-V-82-0005 **DL 27/10-10**

Zukunft der Rhein-Main-Hallen - Zeitplan

Tagesordnung III

1. 10-V-10-0008 **DL 23/10-2**

Ludwig-Beck-Preis für Zivilcourage, Änderung der Verleihungsrichtlinien Einrichtung eines Preises für Bürgermut

2. 10-V-61-0021 **DL 24/10-8**

Städtebaulicher Vertrag zum Bebauungsplan "Grünzug Industriepark" im Ortsbezirk Biebrich (SV 09-V-61-0054)

3. 09-V-61-0054 **DL 24/10-1**

Bebauungsplan "Grünzug Industriepark" im Ortsbezirk Biebrich - Satzungsbeschluss -

4. 10-V-30-0012 **DL 24/10-3**

Vorschlag für die Wahl zweier Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk AKK II (Mainz-Kostheim)

5. 10-V-30-0013 **DL 24/10-4**

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden III (Wiesbaden-Bierstadt)

6. **10-V-30-0014** **DL 25/10-3**

Vorschlag für die Wahl eines Ortsgerichtsschöffen für den Ortsgerichtsbezirk Wiesbaden II (Wi.-Biebrich)

7. **10-V-30-0015** **DL 25/10-4**

Vorschlag für die Wahl einer Schiedsperson für den Schiedsbezirk Wiesbaden-Biebrich

8. **10-V-86-0002** **DL 27/10-11**

matiaqua Betriebskommission, Bestellung der Personalvertreter

9. **10-V-61-0027** **DL 25/10-9**

Bebauungsplan "Im Herzen - West " im Ortsbezirk Erbenheim.
Aufstellungsbeschluss und Beschluss über die öffentliche Auslegung. Beschluss über die Aufhebung und öffentliche Auslegung des Bebauungsplanes Erbenheim 1989/01.

10. **10-V-61-0034** **DL 26/10-9**

Veränderungssperre "Osthafen westlich des Hafenweges" im Ortsbezirk Schierstein
- Satzungsbeschluss -

11. **10-V-66-0105** **DL 29/10-7, 28/10-4**

Anwohnergarage Moritzstraße

ANLAGE

Zu den folgenden Punkten finden Sondersitzungen der Ausschüsse Schule und Kultur, Freizeit und Sport und Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung statt:

12. **10-V-20-0009** **DL 29/10-2**

Auswirkungen der Tarif- und Besoldungserhöhungen 2009 und Finanzierung der Zuführung zu der Pensionsrückstellung

13. **10-V-41-0015** **DL 29/10-5, 27/10-4**
Sanierungsmaßnahmen an der ehemaligen Schlachthofhalle / Kulturzentrum kuk e.V.

14. **10-V-41-0019** **DL 29/10-6**
Abschließende Sanierungsarbeiten in der Wartburg in 2010

15. **10-V-80-8010** **DL 25/10-13**
Modellprojekt "Übungsleiter- und Verwaltungsaufgaben im Sport" - Fortführung
ANLAGE

Tagesordnung IV

1. **09-V-51-0050** **DL 19/10-1 NÖ**
Einstellplätze in der Tiefgarage Schulberg

2. **10-V-20-0014** **DL 23/10-1 NÖ, 12/10-1 NÖ**
Genehmigung eines Kassenkredits

3. **10-V-20-0032** **DL 23/10-2 NÖ**
Zinsrisikomanagement - Sachstandsbericht 06/2010

4. **10-V-20-0034** **DL 23/10-3 NÖ**
Kredite

5. **10-V-20-0040** **DL 26/10-1 NÖ**
Abwertung einer Finanzanlage

6. **10-V-20-0041** **DL 26/10-2 NÖ**
Stationäre Altenpflege

7. **10-V-20-0045** **DL 28/10-1 NÖ, 27/10-1 NÖ**
Bürgerschaft

8. **10-V-30-0016** **DL 27/10-2 NÖ**
Erweiterung der bestehenden Rechtsschutzversicherung und Vertragsverlängerung

9. **10-V-36-0012** **DL 23/10-4 NÖ**
Niederschrift über die nicht öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates am 29.04.2010

10. **10-V-36-0015** **DL 23/10-5 NÖ**
Niederschrift über die nicht öffentliche Sitzung des Naturschutzbeirates am 24.06.2010

11. **10-V-66-0504** **DL 25/10-1 NÖ**
Einstellung des Umlegungsverfahrens

12. **10-V-80-2316** **DL 23/10-6 NÖ**
Verzeichnis der vom 1. Januar 2010 bis 31. März 2010 genehmigten Grundstücksvorlagen

13. **10-V-80-2317** **DL 23/10-7 NÖ**
Verkauf eines Grundstücks

14. **10-V-80-2322** **DL 25/10-2 NÖ**
Verzeichnis der vom 1. April 2010 bis 30. Juni 2010 genehmigten Grundstücksvorlagen

Zu dem folgenden Punkt findet eine Sondersitzung des Ausschusses für Schule und Kultur gemeinsam mit dem Ausschuss für Finanzen, Wirtschaft und Beschäftigung statt:

15. 10-V-41-0020

DL 29/10-1 NÖ

Kulturzentrum kuk im Schlachthof e.V.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt die Stadtverordnetenversammlung nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher